

Kurzbericht

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung (27. - öffentliche - Sitzung am 27. November 2014)

Beratungsthemen:

- 1. Unterrichtung der EU-Kommission über die Entschließung des Landtages zum Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit nur einem Gesellschafter, COM(2014) 212 final
Bundesratsdrucksache 165/14**

Der Ausschuss nahm eine Stellungnahme durch den GBD zu diesem Thema -- bezogen auf den Beschluss des Landtags unter Drucksache 17/1676 - entgegen und führte darüber eine Aussprache. Der Ausschuss bat den Präsidenten des Landtags einstimmig, diesen Beschluss des Landtags der Europäischen Kommission zur Kenntnis zu geben und sie um eine Stellungnahme dazu zu bitten.

- 2. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Verfassung und eines Gesetzes über die Unterrichtung und Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union**
Gesetzentwurf der Fraktion der CDU - [Drs. 17/1631](#)

Der Ausschuss setzte die Beratung des Gesetzentwurfs fort und kam überein, das Thema nach weiteren fraktionsinternen Beratungen wieder auf die Tagesordnung zu setzen, um dann das mit dem Gesetzentwurf verbundene Ziel auf eine andere Weise als auf dem Weg einer Verfassungsänderung zu erreichen.

- 3. Netzland Niedersachsen: Breitbandausbau gemeinsam voranbringen**
Antrag der Fraktion der CDU, der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion der FDP - [Drs. 17/2392](#)

Der Ausschuss behandelte den Antrag, der die Anträge in Drucksache 17/1480 der Fraktion der CDU und in Drucksache 17/1492 der Koalitionsfraktionen ersetzt - sie wurden mittlerweile zurückgezogen -, und empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Voten der mitberatenden Ausschüsse für Haushalt und Finanzen sowie für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr einstimmig, den Antrag anzunehmen. Die mitberatenden Ausschüsse wurden gebeten, die Mitberatung zeitlich so zu gestalten, dass der Antrag im Dezember-Plenum abschließend beraten werden kann.

- 4. Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union**

Der Ausschuss formulierte keine Unterrichtungswünsche zu Angelegenheiten der EU, bat die Landesregierung aber in diesem Zusammenhang um eine Unterrichtung über die aktuellen Entwicklungen in den drei Metropolregionen des Landes vor dem Hintergrund der Novellierung des Landes-Raumordnungsprogramms. Diese Unterrichtung wurde für die Sitzung am 11. Dezember 2014 vorgesehen.

- 5. Unterrichtung durch die Landesregierung über den Inhalt und den aktuellen Stand des „Süd-niedersachsenplanes der Landesregierung“**

Der Ausschuss setzte diesen mit Schreiben vom 26. November 2014 nachträglich aufgenommenen Punkt vor Eintritt in die Tagesordnung mit den Stimmen der Koalitionsfraktio-

nen gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP von der Tagesordnung ab. Der Ausschuss bat die Landesregierung, ihm das laut Presseberichten hierzu vorliegende Papier zeitnah zur Verfügung zu stellen und Details zur Einladung von Abgeordneten zu einer Veranstaltung der Landesregierung zum Thema Südniedersachsenplan mitzuteilen. Der Ausschuss kam ferner überein, sich zu diesem Plan durch die Landesregierung in der für den 11. Dezember 2014 vorgesehenen Sitzung unterrichten zu lassen.

6. Terminangelegenheiten

Der Ausschuss klärte Termin- und Verfahrensfragen. Er bereitete die Mitberatung des Antrags in Drucksache 17/1209 vor und bat die Landesregierung, ihn in der für den 11. Dezember 2014 vorgesehenen Sitzung über aktuelle Entwicklungen im Bereich der Flüchtlingspolitik auf der EU- und Bundesebene sowie über die Auswirkungen auf die kommunale und regionale Ebene zu unterrichten. Ferner wurde vorgeschlagen, auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge zu den derzeitigen Flüchtlingsströmen anzuhören. Zu dieser Unterrichtung und Anhörung soll auch der - federführende - Ausschuss für Inneres und Sport eingeladen werden.